

© Basler Zeitung; 2003-11-15; Seite 39b

Laufental

Transparenz in die Verfassung bringen

Dornach. hrl. Dieses Wochenende steht die **anthroposophische** Bewegung vor wichtigen Entscheidungen, die ihre zukünftige Tätigkeit prägen wird. Äusserlich geht es darum, dass zwei bestehende Rechtskörperschaften fusionieren, um damit klare strukturelle Verhältnisse schaffen zu können. Die Rede ist vom Johannes-Bauverein, der 1913 gegründet worden ist und der 1925 in die Allgemeine **Anthroposophische** Gesellschaft umbenannt worden ist. An der Weihnachtstagung von 1923/1924 wurde von Rudolf Steiner bereits eine gleichnamige Gesellschaft initiiert und gegründet. Aus schwer nachvollziehbaren Gründen wurde sie aber nicht im Handelsregister eingetragen. Dafür wurde, wie erwähnt, der Johannes-Bauverein umbenannt.

Paul Mackay, Vorstandsmitglied der Allgemeinen Anthroposophischen Gesellschaft, erklärte gestern, dass diese seit der Umbenennung nicht nur mit der Bauadministration betraut gewesen sei, sondern auch mit der Administration generell sowie dem Verlag und der Klinik. Eigentlich hätte sie entsprechend dem Wunsch Rudolf Steiners in jene am Weihnachtstag gegründete Gesellschaft integriert werden sollen. Auch in späteren Zeiten habe man vergeblich versucht, dies nachzuholen. Für den heutigen Vorstand sei es wichtig, dass dieser von Rudolf Steiner an der Weihnachtstagung eingebrachte Impuls nicht nur geistig, sondern auch rechtlich nachvollzogen werde. Abklärungen hätten gezeigt, dass dies möglich sei, indem die ältere Gesellschaft in jene eingebracht werde, die 1925 gegründet worden ist. Diese bestehe nach wie vor, obwohl sie nicht aktiv gewesen sei.

Dies ist der Hauptkritikpunkt der Opponenten innerhalb der anthroposophischen Bewegung, die sich gegen das Vorgehen des Vorstandes wehren. Deshalb gingen sie nach ersten, die Fusion vorbereitenden Beschlüssen im Jahre 2002 vor Gericht. Die Klagen dürften im April 2004 behandelt werden. Zwischenzeitlich wurde die aufschiebende Wirkung der Klagen aufgehoben, weshalb der Vorstand die Fusion der

beiden Vereine über das kommende Wochenende durch seine Mitglieder behandeln lassen möchte.

Es gehe dabei nicht darum, voreilig vollendete Tatsachen zu schaffen. Vielmehr wolle der Vorstand durch klare Entscheide der Mitglieder erfahren, ob diese sein Vorgehen mittragen. Dies sei zugleich wichtig für das Gericht. Paul Mackay betonte: «Der Vorstand wird das Gerichtsverfahren sehr ernst nehmen.»

Die Opponenten der Fusion beklagen auch, dass mit der Umgestaltung das individuelle Antragsrecht an der Jahresversammlung eingeschränkt werde. Paul Mackay stellt in seiner Antwort die Jahresversammlung in den Kontext der Weltgesellschaft, die den Teilnehmern zeigen wolle, was innerhalb der Bewegung geschieht. «Die Teilnehmer wollen den Puls spüren, erfahren, was in der Weltgesellschaft lebt.» Mit der aktuellen Regelung habe jedes Mitglied aber die Möglichkeit, Anträge einzubringen, die dann traktandiert werden müssen, unabhängig von den bestehenden Traktanden. Das blockiere regelmässig die Jahresversammlungen, was viele Mitglieder verärgert habe.

Diese hätten den Vorstand auch zum Handeln aufgefordert, zumal oft Probleme von lokaler resp. nationaler Bedeutung direkt in den Weltanlass eingebracht würden. Dazu habe aber jedes Mitglied die Möglichkeit, diese von den lokalen resp. nationalen Gruppierungen behandeln zu lassen. Letztere würde dieses, wenn es sich erweise, dass es von übergeordnetem Interesse sei, in die Jahresversammlung der Weltgesellschaft einbringen.